

Wehrpflichtige in Russland

"Tausende russische Soldaten kommen für nichts ums Leben"

5. Juli 2022, 13:24 Uhr | Lesezeit: 12 min

Für seine "Spezialoperation" in der Ukraine braucht Putin vor allem eines: junge Männer. Wer für den Staat kämpfen will, bekommt viel Geld, wer nicht will, große Probleme. Die Geschichte eines Kriegsdienstverweigerers.

Von Silke Bigalke, Moskau/Stawropol

Selten regnet es in Stawropol so sehr wie an diesem Sonntag. Mutter und Sohn tragen Regenschirme, er einen weißen, sie einen schwarzen. Die beiden hatten immer nur sich, den Vater hat der Sohn vor 20 Jahren das letzte Mal gesehen. Die Mutter streckt den Kopf rüber, wann sein Dienst anfangen will, sie wissen. Im Oktober, antwortet der Sohn. "Vorher musst du weg", sagt die Mutter.

Um die knöcheltiefen Pfützen auf dem Bürgersteig balancieren sie herum, manchmal müssen sie springen. Es ist ein Boulevard mit vielen Bäumen, benannt nach Felix Dserschinskij, Begründer der sowjetischen Geheimpolizei. Der Lenin-Platz liegt an dieser Straße, das Einkaufszentrum, in dem sie gerade Kaffee getrunken haben, das historische Museum mit dem Mammut-Skelett, eine Kirche und die Einberufungsbehörde, ein gelb verputzter Altbau, vor dem sie stehen bleiben. Der Sohn wollte der Mutter das Gebäude zeigen.

Im Mai war er schon mal hier. Die Einberufungsbehörde hatte ihn vorgeladen. Er trug Jeans und T-Shirt. Als er in den Sitzungssaal gerufen wurde, saßen dort die elf Kommissionsmitglieder. Vorsitzender ist oft der Bürgermeister, diesmal war es sein Stellvertreter, daneben saß der Hauptmilitärkommissar der Stadt.

Natürlich war er aufgeregt. Eigentlich hätte er zur Begrüßung sagen sollen: Genosse Vorsitzender der Einberufungskommission, der Einberufene soundso ist gekommen. Stattdessen sagte er einfach nur "Guten Tag". Und, dass er grundsätzlich gegen Krieg sei. Er verstehe natürlich, dass ihre Großväter und Urgroßväter vor 80 Jahren gegen das faschistische Deutschland kämpfen mussten, sie hatten damals ja keine Wahl, als sich zu verteidigen. Aber was jetzt in der

Ukraine passiere, das sei "sinnlos und verbrecherisch".

Am nächsten Tag rief die Polizei bei ihm an.

Am liebsten wäre der Mutter, wenn ihr Sohn so schnell wie möglich ausreisen würde. Weg aus diesem Land

Wladimir Putins Feldzug in der Ukraine dauert jetzt schon mehr als vier Monate. Gleich zu Beginn hatte der russische Präsident versichert, dass in der Ukraine keine Wehrpflichtigen kämpfen würden. Einen Tag später musste er einräumen, dass das nicht ganz stimmt. Eigentlich sollten dann alle Wehrpflichtigen abgezogen und nur noch Vertragssoldaten eingesetzt werden. Es gibt jedoch etliche Berichte über Rekruten im Kampfeinsatz.

Die russische Armee zieht Wehrpflichtige zwei Mal im Jahr ein. Die Einberufungswelle im Frühjahr dauert von April bis Mitte Juli. Im Herbst 2021 waren es 127 550, jetzt sollen es 134 500 werden. Putin entscheidet, wie viele junge Männer rekrutiert werden sollen. Egal was der Kreml behauptet, jedem Wehrpflichtigen könne es passieren, dass er in die Ukraine geschickt werde, sagt die Mitarbeiterin einer russischen Organisation, die sich für die Rechte von Rekruten und deren Angehörigen einsetzt. Die Frau möchte anonym bleiben, ihre Arbeit ist riskant geworden. Laut Gesetz kann ein Rekrut schon nach drei Monaten Ausbildung zum Vertragssoldaten werden. Manchmal würden Wehrpflichtige dazu gebracht, den Vertrag mit der Armee zu unterschreiben, sagt sie, indem ihnen hohe Gehälter, Studienplätze, Wohnungen versprochen werden. Und immer wieder würden ihre Dokumente einfach gefälscht.

Die Wehrpflichtigen seien derzeit die Hauptquelle für Putins Vertragssoldatenarmee, sagt Sergej Kriwenko von der Organisation "Bürger. Armee. Recht" im Videoanruf. Und die erleidet in der Ukraine seit Monaten hohe Verluste, wie hoch genau, weiß niemand.

Die Mutter zieht den Sohn jetzt weiter, nichts wie weg von diesem Ort. Sie möchte nichts riskieren. Am Tor der Kriegskommission hängen Kameras. Beide möchten unerkannt bleiben, keine Namen, keine Details. Am liebsten wäre ihr, wenn ihr Sohn so schnell wie möglich ausreisen würde, weg aus diesem Land. Er ist gerade 21 Jahre alt geworden. Er sieht jünger aus mit seinen langen Wimpern. Er mag Fußball, spielt Klavier und Gitarre. Er mag Wiktor Zoi und den Rapper Oxxxymiron.

Für ihn war von Anfang an klar, dass er den Wehrdienst verweigern würde. Dafür musste er einen Antrag stellen und sich zum Zivildienst melden, so hat er es vor Wochen bei einem Videogespräch erzählt. Da saß er in der Wohnung, in der er mit seiner Freundin lebt. Sie wollte nicht,

dass er mit Journalisten spricht. Sie findet seine Situation gefährlich genug. Ihr Freund nennt Putins Feldzug eine "riesige Tragödie" für die Ukraine und einen "Schuss ins eigene Bein" für Russland. "Tausende russische Soldaten kommen für nichts ums Leben", sagt er.

Er ist trotzdem vorsichtig, will sich erst nicht in seiner Heimatstadt Stawropol treffen, einer mittelgroßen Stadt im Nordkaukasus. Nur 400 Kilometer Luftlinie sind es von hier nach Mariupol. Er kommt lieber nach Moskau, er müsse ohnehin Lehrbücher zurückbringen, er hat hier ein paar Semester studiert. Da steht er also, vor der Brücke gleich am Kreml, er kenne sich nicht wirklich gut aus in der Stadt, sagt er. Aber die Brücke, auf der Boris Nemzow 2015 erschossen wurde, kennt jeder. Der Oppositionspolitiker Nemzow war schon 2014 gegen den Krieg in der Ukraine. Ein Eimer voller Blumen auf der Brücke erinnert an ihn.

Er läuft jetzt durch Moskau, vom Kreml Richtung Osten. Er muss laut sprechen, der Verkehr, die Baustellen. Seine Heimatstadt Stawropol mag er lieber, auch wenn dort jetzt an allen Bushaltestellen geschrieben stehe: "Wir lassen die Unsrigen nicht im Stich!" Gemeint ist die russischsprachige Bevölkerung im Donbass, Putin behauptet ja, sie müsse vor den Ukrainern gerettet werden.

Bei seinem Studium in Moskau hatte er schon Prüfungen in Mathe und Physik bestanden, aber es war schwer; nebenher zu arbeiten, noch schwerer. Er brauchte Geld, vermisste seine Freundin. Dann kam die Pandemie. Zu Hause lernen funktionierte für ihn nicht. Erst ließ er sich beurlauben, dann exmatrikulieren. Das Problem ist nur: Wer nicht studiert, kann in die Armee eingezogen werden. "Ich bereue das jetzt sehr", sagt er.

Gleich im Dezember kam der Brief von der Einberufungsbehörde, die immer wissen möchte, wo sich die jungen Männer Russlands aufhalten. Während des Studiums war er in einem Moskauer Kommissariat gemeldet, als er nach Stawropol zurückzog, musste er sich ummelden. Da standen schon Tausende Panzer vor der ukrainischen Grenze.

"Ich habe damit angefangen, nach Krankheiten bei mir zu suchen", sagt er in den Lärm Moskaus hinein, bei unzähligen Ärzten sei er gewesen. Aber keiner fand etwas, das ihn für die Armee untauglich machen würde. Der Zivildienst war seine einzige Chance. Viele Freunde, sagt er, seien längst aus Russland ausgereist, sie denken wie er. "Sie sind auch aus Angst vor der Armee weg."

In manchen Gegenden ruft das Rekrutierungsbüro einfach junge Männer an. Wie ein Callcenter

In einem georgischen Restaurant in der Nähe bestellt er jetzt erst mal Nudeln mit Lachs. Er

macht ein Foto von dem Gericht, schickt es seiner Freundin. Er hat sich Videos aus der Ukraine angesehen, zerstörte Häuser, Leichensäcke, Massengräber. Er versucht sich vorzustellen, wie es sein muss, jederzeit erschossen werden zu können. "Ich kann daran nicht denken. Ein Mensch lebt und plötzlich lebt er nicht mehr. Es gibt ihn nicht mehr."

Die Armee wirbt jetzt mit allen Mitteln um Männer im wehrfähigen Alter. Mobile Rekrutierungsbüros fahren durch Russland, halten in Nischni Nowgorod, in Sankt Petersburg, in Tschita, Nowosibirsk, überall. Meist sind es weiße Lkws, darauf eine russische Fahne und der Spruch: Mobiler Punkt für die Auswahl zum Vertragsmilitärdienst.

In manchen Regionen lässt die Armee Anwerbungszeitel in Briefkästen werfen. Oder das Rekrutierungsbüro ruft die Männer einfach an und versucht sie vom Vertragsabschluss zu überzeugen, wie ein Callcenter. Die obere Altersgrenze von 40 Jahren ist gerade gestrichen worden. Bis zu 200 000 Rubel monatlich bietet die Armee für den Kampfeinsatz in der Ukraine, das sind derzeit knapp 3500 Euro. Vor allem für junge Männer aus ärmeren Regionen sind das gigantische Summen.

Im März verstanden die Leute vielleicht noch nicht, worauf sie sich einließen, meint der Menschenrechtler Sergej Kriwenko. Aber jetzt wisse man doch "von der riesigen Zahl der Toten" und begreife, worauf man als Vertragssoldat eingehe. "Es gibt in Russland eine große Gruppe von Menschen, die kämpfen, um Geld zu verdienen", sagt Kriwenko, "die sich bereichern wollen. Leider ist es so."

Es gibt auch diejenigen, die bedrängt und belogen werden. Manchmal werden Wehrpflichtige zu Vertragssoldaten, ohne es zu wissen. Man habe einige Fälle, bei denen das passiert sei, sagt die Mitarbeiterin der NGO, die sich für die Rechte von Rekruten und deren Angehörigen einsetzt. Den Rekruten würden oft ihre Papiere abgenommen. Um Vertragssoldat zu werden, reiche dann ein Stempel im Militärbuch, Unterschrift unnötig. Oder es unterzeichnet einfach jemand anderer den Vertrag für den Rekruten, auch das habe sie schon erlebt.

Der junge Mann aus Stawropol kennt all diese Geschichten. Und er kennt die Geschichte seiner Mutter. Sie war 1995 während des ersten Tschetschenienkriegs aus Grosny geflohen. "Krieg ist das Schlimmste, was es geben kann", habe er den Mitgliedern der Kommission gesagt. Im Protokoll stand später, er habe Putins Spezialoperation in der Ukraine verbrecherisch genannt. Er schaut auf seinen Nudelteller. Aber das ist sie doch auch, sagt er.

Seine Argumente hatte er sich vorher nicht aufgeschrieben, er war einfach zur Anhörung gegangen. Er verurteilt die Militäroperation in der Ukraine, "weil Tausende von Menschen ums Leben

kommen, Millionen von Menschen ihr Zuhause verlieren, es werden Städte plattgemacht - in unserem Nachbarland, das dieselbe Sprache wie wir spricht". Er habe vor der Kommission auch gesagt, dass Wehrpflichtige in der Ukraine eingesetzt werden, nicht nur Vertragssoldaten. Alles, was er im Kopf hatte, habe er gesagt.

Der Vorsitzende ließ ihn gar nicht ausreden, bewilligte seinen Antrag auf Zivildienst. Einige Kommissionsmitglieder stritten noch mit ihm, schimpften auf die Nazis in der Ukraine. Dann durfte er gehen. Was er in diesem Moment nicht ahnte: Im Raum saß auch ein Polizist, der nicht auf der Liste der Kommissionsmitglieder stand. Er sagte die ganze Zeit über kein Wort. Dann zeigte er den jungen Mann an, wegen Diskreditierung der Armee. Er musste noch im Juni vor dem zuständigen Bezirksgericht in Stawropol erscheinen.

Wie hätte er den Wehrdienst verweigern sollen, ohne seine Argumente aufzuzählen? Das hat er auch die Richterin gefragt. Sie verurteilte ihn trotzdem zu 40 000 Rubel, fast 700 Euro. Er will Berufung einlegen, der Anwalt hat die Papiere schon vorbereitet, obwohl er nicht glaubt, dass sein Mandant gewinnen wird. Er will das trotzdem bis zur letzten Instanz durchkämpfen.

Die Frau von der NGO hat Sorge, dass Fälle wie dieser andere abschrecken könnten. 40 000 Rubel sind für viele Russen ein Vermögen. "Die Menschen in Russland spüren ihren eigenen Wert nicht mehr", sagt sie im Videogespräch. 40 000 Rubel Strafe riskieren - oder sein eigenes Leben? "Wir denken gerade nicht mehr über den Wert eines menschlichen Lebens nach."

Stawropol, ein paar Tage später. Der Wehrdienstverweigerer sitzt mit seiner Mutter im Keller eines Einkaufszentrums, dort gibt es ein Selbstbedienungsrestaurant. Wenn jemand am Tisch vorbeikommt, flüstert sie. "Sprich lauter", sagt ihr Sohn, "wenn du so flüsterst, lenkst du noch mehr Aufmerksamkeit auf dich." Er hatte schon in Moskau erzählt, dass sich die Mutter große Sorgen mache. Sie beschäftigt sich jetzt ständig mit der Ukraine, ist viel im Internet.

Sie glaubt, dass sehr viele Russen gegen das sind, was da gerade passiert. Niemals, sagt der Sohn

"Seit vier Monaten kann ich den Schock nicht loswerden", sagt sie jetzt also ein bisschen lauter. Sie ist eine zierliche Frau mit gestickten Blumen auf der Jeans. Selbst zur Musik hat die pensionierte Musikerin keine Lust mehr.

Gleich am 24. Februar hat sie ihre Schwester in der Region Belgorod angerufen. Das liegt noch näher an der ukrainischen Grenze als Stawropol. "Weißt du, dass der Krieg begonnen hat?" - "Welcher Krieg?", fragte die Schwester, die nur Staatsfernsehen schaue, sagt die Mutter. Der

Fernseher laufe in den meisten russischen Familien den ganzen Tag, ständig höre man die Propaganda im Hintergrund - und irgendwann glaube man daran.

Ihren Fernseher haben Mutter und Sohn 2017 verkauft. Damals sahen sie ein Enthüllungsvideo von Alexej Nawalny im Internet - über den Reichtum des früheren Präsidenten Dmitrij Medwedjew. Sie gingen damals zur Demo in einen kleinen Park in Stawropol. Manche Leute brachten Plakate mit, gegen die korrupte Regierung. Damals war so etwas noch möglich, sagt die Mutter, die Leute sagten, was sie dachten. Heute ist das undenkbar.

So viele Oppositionelle, Journalisten und Experten haben Russland längst verlassen. Sie schaut sich jetzt oft Videos und Interviews von ihnen im Internet an. Gerade hat sie ein Video des Oppositionellen Dmitrij Gudkow gesehen, er zähle da alles auf, weswegen man jetzt bestraft werden kann. "Wahrscheinlich auch dafür, dass wir gerade miteinander reden", sagt die Mutter. "Mach dir keine Sorgen", sagt der Sohn. Aber sie macht sich nichts anderes als Sorgen.

Die Mutter ist in Grosny aufgewachsen, hat dort Musik studiert. Seit die Sowjetunion 1991 zerfallen war, wuchsen die Spannungen zwischen Moskau und der Führung in Grosny. Als sich Tschetschenien für unabhängig erklärte, akzeptierte das der Kreml nicht. In den Monaten vor Kriegsausbruch versuchte sie noch, ihre Wohnung in Grosny zu verkaufen, die Stadt zu verlassen, wie so viele. Die Preise waren niedrig, sie fand keinen Abnehmer. Ihre eigene Mutter war alt, sonst niemand mehr da. Also blieb sie.

Am 11. Dezember 1994 marschierten russische Soldaten in Tschetschenien ein. In der Stadt fiel kurz darauf der Strom aus, es gab keine Heizung mehr, kein Fernsehen, keine Nachrichten, kein Wasser, sagt die Mutter jetzt im Café in Stawropol. Als sie am 31. Dezember 1994 wieder mal zum Markt lief, sah sie auf halben Weg schwarzen Rauch am Horizont. Menschen rannten ihr entgegen. Russische Truppen waren ins Stadtzentrum von Grosny vorgerückt. Tschetschenische Soldaten liefen schießend durch die Straßen.

Sie flüchtete sich in den nächsten Keller, saß dort mit fremden Menschen. Als es nach vielen Stunden endlich still wurde, lud einer der Hausbewohner sie ein, bei ihm das Neujahrsfest zu feiern. Erst im Morgengrauen konnte sie nach Hause zurück, sie lief vorbei an ausgebrannten Häusern. Schon von draußen sah sie die Schusslöcher im Küchenfenster ihrer Wohnung, dort, wo immer eine Kerze brannte. Die Mutter lebte, es war pures Glück.

Noch etwa zwei Wochen blieb sie in der Wohnung. Die russische Armee zerbombte die Häuser rundherum. Ihre Mutter wollte die Stadt nicht verlassen. Doch sie ließ sich von der Armee aus Grosny herausbringen, lief im Schnee an brennenden Gasleitungen und toten Soldaten vorbei.

Sie fühlte sich damals wie in einem Film, einem Kriegsfilm, flüstert sie jetzt im Café. Dann weint sie und dreht den Kopf zur Wand.

Was die Flüchtlinge jetzt aus Mariupol und den anderen ukrainischen Städten erzählen, erinnere sie an damals. "Russland war immer ein Eroberungsland", sagt sie, das versuche, "seine Macht, sein Imperium zu behalten". Aber was sie nicht verstehen kann, ist die Gleichgültigkeit der Menschen. Viele wollen gar nicht darüber reden, was da gerade in ihrem Namen passiere. Selbst ihre alten Studienfreunde aus Grosny hätten nicht reagiert, als sie ihnen Videos über die Militäroperation in der Ukraine in den Chat schickte. Eine Frau hat sie sogar gebeten, nichts Politisches mehr zu schreiben. Irgendwann wurde sie aus der Chatgruppe ausgeschlossen.

Sie glaubt trotzdem, dass viele Russen gegen das sind, was gerade in der Ukraine passiert. Mehr als die Hälfte. Ihr Sohn schaut sie an, schüttelt den Kopf. Niemals, sagt er.

Sein Zivildienst wird mindestens anderthalb Jahre dauern, in die Armee müssen Wehrpflichtige nur ein Jahr. Im Oktober geht es los, er weiß noch nicht, wo und was er dann tun muss, womöglich im Altenheim arbeiten, oder auf dem Bau. Eine Wahl hat er nicht, es wird ihm einfach mitgeteilt werden. Er will eine Englischprüfung machen, dann will er sich an ausländischen Unis bewerben. Er weiß, dass seine Chancen gering sind, aber er will es versuchen.

Töten werde er sicher niemanden, sagt er, auch wenn Putin zur Generalmobilmachung aufrufen sollte

Was, wenn Putin doch zur Generalmobilmachung aufruft? Der Kreml würde damit offiziell anerkennen, dass sich Russland im Krieg befindet. Er könnte dann alle Reservisten in den Kampf schicken. Zur Reserve gehört nahezu jeder männliche Russe, der schon Wehrdienst oder Zivildienst geleistet hat, oder älter als 27 Jahre ist, und Frauen mit Militärerfahrung oder medizinischer Ausbildung.

"Viele haben davor Angst", sagt die Mutter. "Die Ukrainer kämpfen um ihren eigenen Boden, um ihre Freiheit. Sie verteidigen sich würdevoll." Sie schweift jetzt ein bisschen ab, spricht von der Kampflinie in der Ukraine, von einer möglichen Wende in Putins Spezialoperation. "Mama, das ist ein Interview über dich", sagt der Sohn, lächelt.

In Moskau hat auch er über die Gefahr einer Generalmobilmachung gesprochen. "Wenn ich plötzlich in den Krieg gerate", sagte er, "bemühe ich mich, so schnell wie möglich dort wegzukommen. Selbstverständlich werde ich auf niemanden schießen, niemanden töten. Das ist klar." Es gebe viele russische Soldaten, die nicht kämpfen möchten und sich lieber gefangen neh-

men ließen.

Mutter und Sohn gehen jetzt im Regen zurück zu ihrem Haus. Es ist mehr als 160 Jahre alt, ein blaues Holztor, die Farbe blättert, der Steinbogen zerbröckelt. Sie schließt die Tür zu ihrer Wohnung auf und fängt sofort an aufzuräumen, obwohl alles ordentlich ist, stellt eine Tasse in die Spüle, fegt unter dem kleinen Tisch, will Tee kochen, holt Kirschen aus dem Kühlschrank. In dem kleinen Wohnraum hinter der Küche stehen ein Bett, zwei Schränke, einer für Bücher, einer für Kleidung. Auf dem schmalen Sofa liegt die Gitarre. Der Sohn nimmt sie wie selbstverständlich, testet ein, zwei Schläge. Dann singt er los, so laut, wie er die ganzen Tage über nicht gesprochen hat: "Du musst stark sein. Du musst sagen können: Hände weg von mir." Das Lied ist von Wiktor Zoi und heißt "Mutter, wir alle sind verrückt geworden".

Die Mutter steht mit verschränkten Armen im Türrahmen und hört ihrem Sohn zu. "Das war gut", sagt sie, als hätte sie plötzlich selbst wieder Lust zu singen.

Bestens informiert mit SZ Plus – 4 Wochen kostenlos zur Probe lesen. Jetzt bestellen unter: www.sz.de/szplus-testen

URL: www.sz.de/1.5614913

Copyright: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

Quelle: SZ

Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über Süddeutsche Zeitung Content. Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an syndication@sueddeutsche.de.